



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Mehr globale Impfgerechtigkeit: Förderung von Impfstoffproduktion in Ländern des globalen Südens

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die COVID-19-Krise ist eine globale Herausforderung, die globaler Lösungen bedarf. Das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO), zehn Prozent der Menschen auf dem afrikanischen Kontinent bis 2021 zu impfen, wurde verfehlt. Gegen die Pandemie hilft mittel- und langfristig nur eine Impfstoffproduktion vor Ort. Der Einsatz gegen die Coronapandemie mit ihren sozialen und finanziellen Folgen ist aktuell die wichtigste Herausforderung der globalen Entwicklungspolitik.

Der Landtag begrüßt

- den Aufruf von Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze für eine weltweit gerechtere Verteilung von Coronaimpfstoffen und -medikamenten durch eine Impfstoffproduktion vor Ort und die damit verbundenen notwendigen Kooperationen von Pharmaunternehmen und freiwilligen Technologietransfers in Länder des globalen Südens,
- die weitere finanzielle Beteiligung Deutschlands an der globalen Impfkampagne der WHO,
- das Ziel Deutschlands, während der deutschen G7-Präsidentschaft die Gesundheitsinfrastruktur im Globalen Süden auszubauen, damit bis Mitte 2022 ein bedeutender Anteil der Weltbevölkerung gegen COVID-19 geimpft werden kann.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich in geeigneter Form dafür einzusetzen, dass die EU in globaler Solidarität den Aufbau einer für die Impfstoffproduktion notwendigen Infrastruktur in den Entwicklungsländern massiv unterstützt,
- die bayerischen Schwerpunktpartnerländer Äthiopien, Tunesien, Senegal sowie die beiden südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng beim Aufbau einer für die Impfstoffproduktion notwendigen Infrastruktur zu unterstützen, damit schnellstmöglich ein fairer, transparenter und bezahlbarer Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostik sichergestellt werden kann.

Begründung:

Der Plan der WHO für eine faire globale Verteilung von Coronaimpfungen gilt bis jetzt als gescheitert. Die Industriestaaten beanspruchen einen Großteil der Impfdosen für sich, zulasten der ärmeren Länder in Afrika oder Lateinamerika, die beim Impfschutz weit hinterherhinken. Die ungleiche Verteilung des Impfstoffes zeigt sich auch in der weltweiten Impfquote. Statistiken zufolge sind weltweit lediglich 60 Prozent einfach geimpft. In Ländern mit niedrigem Einkommen sind es nur neun Prozent. Die höchste Impfquote verzeichnen aktuell die Vereinigten Arabischen Emirate (99 Prozent), den niedrigsten Anteil zählen derzeit Nigeria und Äthiopien. In Afrika sind gerade einmal knapp zehn Prozent der Gesamtbevölkerung geimpft. Grund ist der Impfstoffmangel. Das Geld dafür können viele Länder nicht aufbringen. Andernorts mangelt es am Willen der Regierung, das Geld zum Schutz der Bevölkerung auszugeben.

Auch wenn Deutschland als Gründungsmitglied der Unicef COVAX-Impfkampagne bis heute mit 2,2 Mrd. Euro dessen zweitgrößter Geber ist und 2021 mehr als 100 Mio. Impfdosen gespendet hat, reichen Impfstoffspenden allein nicht aus. Ziel von COVAX ist es, 2 Mrd. Impfdosen einzukaufen und global fair zu verteilen. Nötig ist jedoch auch die Förderung der Produktion von Impfstoffen, insbesondere in Afrika. Deutschland will die regionale Gesundheitssicherung nachhaltig gewährleisten und wird den Aufbau von Impfstoffproduktion, z. B. in Südafrika und Senegal, finanziell unterstützen.

Das Ziel, bis Ende 2021 in allen Ländern der Welt 40 Prozent der Bevölkerung zu impfen, ist in mehreren Dutzend Ländern verfehlt worden. Nun sollen bis Mitte des Jahres 70 Prozent der Menschen in allen Ländern geimpft sein.